

Globaler Militarisierungsindex 2022

Bayer, Markus; Rohleder, Paul

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sonstiges / other

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Bayer, M., & Rohleder, P. (2022). *Globaler Militarisierungsindex 2022*. Bonn: Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC) gGmbH. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-88064-1>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0>

GLOBALER MILITARISIERUNGSINDEX 2022

Markus Bayer, Paul Rohleder \ BICC



ZUSAMMENFASSUNG

Der Globale Militarisierungsindex (GMI) des BICC bildet alljährlich das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats von Staaten im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Der Index wird durch das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert.

Der erste Teil des Berichtes reflektiert auf Grundlage der neuesten Daten aktuelle Entwicklungen und Trends. Er umfasst 154 Staaten und basiert auf den aktuellsten vorliegenden Zahlen (in der Regel die des Jahres 2021). Die **zehn Länder, die im GMI 2022 den höchsten Militarisierungsgrad** aufweisen, sind Israel, Kuwait, Armenien, Singapur, Oman, Bahrain, Griechenland, Russland, Brunei und Saudi-Arabien. Diese Staaten stellen ihrem Militär im Verhältnis zu anderen gesellschaftlichen Bereichen besonders viele Ressourcen zur Verfügung. Was den generellen Militarisierungstrend angeht, bietet der GMI 2022 ein scheinbar widersprüchliches Bild. So setzt sich der generelle Aufwärtstrend der Vorjahre zunächst nicht weiter fort. Dies hängt vor allem mit den gesunkenen *relativen* Militärausgaben zusammen, die, gemessen am BIP (Bruttoinlandsprodukt), durchschnittlich von 2,3 auf 2,2 Prozent zurückgingen. Verantwortlich hierfür ist allem die wirtschaftliche Erholung nach der Covid-19-Pandemie. Gleichzeitig wuchs die Anzahl an schweren Waffen trotz positiver Bevölkerungsentwicklung relativ und absolut an und erreicht in diesem Jahr mit 396.914 einen so hohen Wert, wie er zuletzt 2012 gemessen wurde.

Der zweite Teil des GMI ist zwei regionalen Schwerpunkten gewidmet. Zum einen untersuchen wir die geplante **Erweiterung der NATO** um die Staaten Schweden und Finnland. Anhand der drei GMI-Parameter Personal, finanzielle Ressourcen und schwere Waffen vergleichen wir die **NATO** mit **Russland** und der **Organisation des Vertrags über Kollektive Sicherheit (OVKS)**. Zudem greifen wir das **100 Milliarden Sondervermögen für die Bundeswehr** auf und entwerfen zwei unterschiedliche Szenarien für die Militarisierung Deutschlands für die kommenden fünf Jahre.

In diesem Jahr spitzte sich der Konflikt zwischen China, Taiwan und den sogenannten AUKUS-Staaten (Australia, UK und US) im Chinesischen Meer und im Pazifischen Ozean weiter zu. Der zweite regionale Schwerpunkt liegt daher auf **Ostasien und Ozeanien**. Dabei stellen wir das militärische Potenzial der **AUKUS-Staaten dem Chinas** gegenüber. Für **Nordkorea und Taiwan** – zwei zentrale Länder in dem Regionalkonflikt – nahmen wir eine **Schätzung ihres Militarisierungsgrades** vor. Da sie auf abweichenden oder älteren Datenquellen beruht, floss sie jedoch weder in den GMI-Datensatz noch in das offizielle Ranking ein.

Auch in diesem Jahr hat sich der GMI methodologisch weiterentwickelt: Wir ergänzten den Schwere Waffen-Index durch die Aufnahme von **unbemannten Kampfdrohnen (UCAVs)** und **Loitering Munitions** (sog. Kamikazedrohnen) sowie **Satelliten**.

INHALT

Zusammenfassung	2
Die Methodik des Globalen Militarisierungsindex (GMI)	4
<hr/>	
BICC GMI 2022	5
Die Spitzenplätze	6
Länder mit der weltweit höchsten bzw. niedrigsten Militarisierungstendenz	8
<hr/>	
Regionale Militarisierung im Blickpunkt	9
NATO im Jahr 2023	9
Schweden	9
Finnland	10
Was bedeutet der Beitritt beider Länder für die NATO?	11
Das Sondervermögen und die Militarisierung Deutschlands – Zwei Szenarien für die Zukunft	13
Ostasien und Ozeanien	16
AUKUS-Staaten und ihre Verbündeten	17
Hoch militarisierte, neutrale Staaten	19
China und China-nahe Staaten	19
AUKUS - China im Vergleich	20
Nordkorea und Taiwan	22
<hr/>	
GMI Weltkarte	24
Militarisierungsindex - Ranking 2022	26
Impressum	27

DIE METHODIK DES GLOBALEN MILITARISIERUNGSINDEXES (GMI)

Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Der GMI erfasst dazu mehrere Indikatoren, um den Grad der Militarisierung eines Landes darzustellen:

- \ Militärausgaben im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) und den staatlichen Gesundheitsausgaben (Anteil am BIP);
- \ Gesamtzahl von (para)militärischem Personal sowie Reservistinnen und Reservisten im Verhältnis zur Zahl der Ärztinnen und Ärzte und zur Gesamtbevölkerung;
- \ Anzahl der schweren Waffensysteme im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung.

Der GMI stützt sich u. a. auf Zahlen des Stockholmer Friedensforschungsinstituts (SIPRI), des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Weltgesundheitsorganisation (WHO), des International Institutes for Strategic Studies (IISS) und eigene Erhebungen des BICC. Das Gesamtranking zeigt die Militarisierung von über 150 Staaten seit 1990. Es wird jährlich durch das BICC aktualisiert. Bei Vorhandensein neuerer verlässlicher Daten korrigiert das BICC die GMI-Werte auch rückwirkend für frühere Jahre (berichtigte Daten auf gmi.bicc.de). So kann es dazu kommen, dass sich die aktuell angegebenen Platzierungen im Vergleich zu älteren GMI-Publikationen unterscheiden.

Um eine höhere Kompatibilität zwischen den verschiedenen Indikatoren zu erzielen und zu verhindern, dass Extremwerte bei der Datennormalisierung zu Verzerrungen führen, wurde im ersten Schritt jeder Indikator mit einem Logarithmus mit dem Faktor 10 dargestellt. Im zweiten Schritt wurden alle Daten mittels der Formel $x = (y - \min) / (\max - \min)$ normalisiert, wobei Min. und Max. den niedrigsten bzw. den höchsten Wert des Logarithmus repräsentieren. Im dritten Schritt wurde jeder Indikator entsprechend der relativen Bedeutung, die ihm von den Forschern des BICC beigemessen wurde, mit einem subjektiven Faktor gewichtet. Zur Berechnung der endgültigen Punktzahl wurden die gewichteten Indikatorwerte addiert und ein weiteres Mal auf einer Skala von 0 bis 1.000 normalisiert.

Der GMI analysiert detailliert spezifische regionale oder nationale Entwicklungen. Auf diese Weise möchte das BICC zur Debatte über die Militarisierung beitragen und dabei auf die oft widersprüchliche Ressourcenverteilung aufmerksam machen.

Der Wert Δ GMI gibt die jeweils aktuelle Militarisierungstendenz eines Staates an. Er errechnet sich aus der Differenz zwischen dem jeweils aktuellen GMI-Score und seinem Vorjahreswert.

GMI-Indikatoren und Gewichtungsfaktoren

Index / Indikator Faktor



Ausgaben

Militärausgaben als Anteil am BIP 5

Militärausgaben im Verhältnis zu Ausgaben für den Gesundheitsbereich 3



Personal

Militärisches und paramilitärisches Personal im Verhältnis zur Bevölkerungszahl* 4

Reserveangehörige im Verhältnis zur Bevölkerungszahl 2

Militärisches und paramilitärisches Personal im Verhältnis zur Zahl der Ärztinnen und Ärzte 2



Waffen

Schwere Waffen im Verhältnis zur Bevölkerungszahl 4

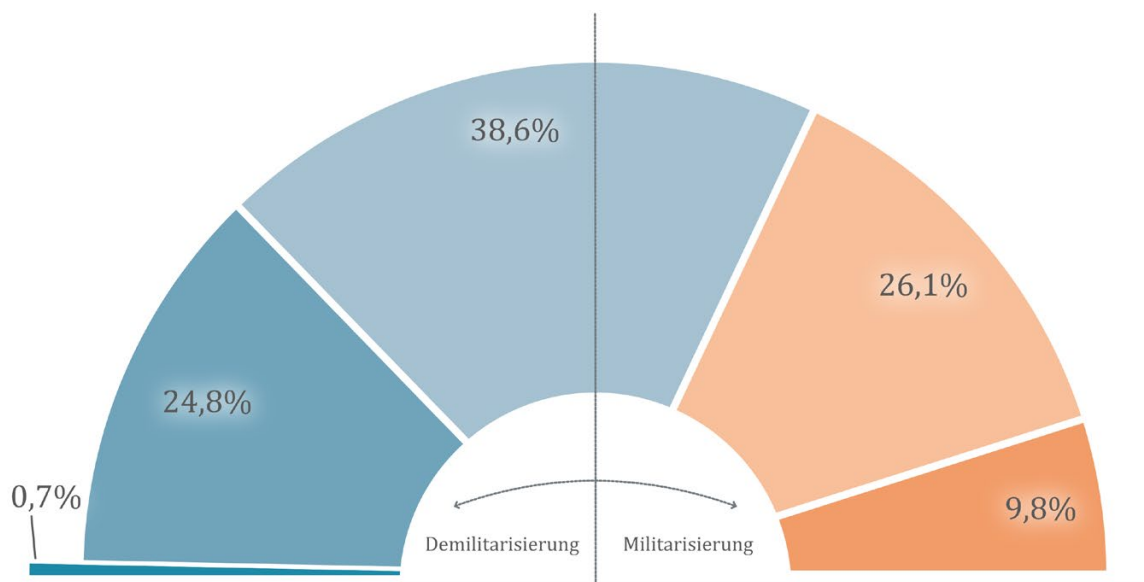
* \ Eine Einheit wird dann als militärisch oder paramilitärisch bezeichnet, wenn sie der direkten Führung der Regierung untersteht, bewaffnet, uniformiert und kaserniert ist.

BICC GMI 2022

Die globale Militarisierung nahm im Vergleich zum Vorjahr leicht ab. Der in unserer historischen Analyse im letzten Jahr beschriebene Aufwärtstrend der Vorjahre setzt sich damit zunächst nicht weiter fort - auch wenn die absoluten globalen Militärausgaben im Jahr 2022 erstmals Marke von zwei Billionen US-Dollar überstieg.

Dies hängt vor allem mit den gesunkenen relativen Militärausgaben zusammen. Diese gingen gemessen am BIP (Bruttoinlandsprodukt) durchschnittlich von 2,3 auf 2,2 Prozent zurück², wofür vor allem die wirtschaftliche Erholung nach der Covid-19-Pandemie verantwortlich ist. Auch das Verhältnis von (para)militärischem Personal (inklusive

Abb. 1:
Globale (De)Militarisierungstendenz¹



Grad der (De-)Militarisierung	Δ GMI	Länder
Starke Demilitarisierung	≤ -25	1
Deutliche Demilitarisierung	$\leq -5 > -25$	38
Geringe Demilitarisierung	$< 0 > -5$	59
Geringe Militarisierung	$> 0 \leq 5$	40
Deutliche Militarisierung	$> 5 \leq 25$	15
Starke Militarisierung	> 25	0

1 \ Aufgrund fehlender Vorjahreswerte wurde ein Land, Katar, in dieser Betrachtung nicht berücksichtigt.

2 \ SIPRI, World military expenditure passes \$2 trillion for first time, 25 April 2022, abrufbar unter \ > <https://www.sipri.org/media/press-release/2022/world-military-expenditure-passes-2-trillion-first-time>

Reserve) zu Zivilist:innen verringerte sich angesichts der globalen Bevölkerungsentwicklung: Lag die Zahl von Soldat:innen pro 1.000 Zivilist:innen 2001 für die im GMI abgebildeten Länder noch bei 9,7, ist sie heute 6,1. Entgegen diesem Trend wuchs die Anzahl an schweren Waffen trotz positiver Bevölkerungsentwicklung seit 2019 an und erreichte in diesem Jahr einen Wert von 0,519 pro 100.000 Einwohner:innen. Absolut wurde in diesem Jahr mit 396.914 schweren Waffensystemen ein Wert erreicht, der zuletzt 2012 gemessen wurde. Angesichts wachsender Spannungen weltweit ist davon auszugehen, dass der beschriebene Rückgang der Militarisierung nur von kurzer Dauer sein wird.

So nahmen beispielsweise die Spannungen zwischen Russland und der NATO aufgrund des russischen Einmarschs in die Ukraine deutlich zu. Finnland und Schweden beantragten nach jahrelanger Neutralität die Mitgliedschaft in der NATO und diverse Länder kündigten Aufrüstungs- bzw. Modernisierungsprogramme an. So auch Deutschland: Hier brachte Bundeskanzler Scholz am 27. Februar dieses Jahres ein Sondervermögen zur Aufrüstung der Bundeswehr auf den Weg und versprach gleichzeitig, dass ab sofort mehr als zwei Prozent des deutschen BIP für die Bundeswehr ausgegeben werden sollen.

Wir nutzen daher den regionalen Schwerpunkt des Berichts für einen tieferen Blick auf diese Entwicklungen. In Hinblick auf die Erweiterung der NATO fragen wir etwa, was dies in Bezug auf Personal, finanzielle Ressourcen und schwere Waffen bedeutet und wie die NATO im Vergleich zu Russland und der Organisation des Vertrags über Kollektive Sicherheit (OVKS) aufgestellt ist.

Da der GMI 2022 auf Daten aus dem Jahr 2021 basiert und daher die Auswirkungen des Sondervermögens noch nicht reflektiert, werden wir zur Abschätzung der Bedeutung des Sondervermögens für die Militarisierung Deutschlands zwei Szenarien für die kommenden fünf Jahre vorstellen. Das erste legt eine deutliche Militarisierungsdynamik im Vergleich zu diesem Jahr nahe und sieht Deutschland 2027 auf Rang 89 des GMI (d. h. 14 Ränge höher als 2022). Das zweite verzeichnet lediglich eine geringe Militarisierungsdynamik, in der die Bundesrepublik im globalen Ranking nur um fünf Plätze nach oben klettert (Rang 98).

Der sich in diesem Jahr zuspitzende Konflikt zwischen China, Taiwan und den sog. AUKUS-Staaten (Australia, UK und US) im Chinesischen Meer und im Pazifischen Ozean legt nahe, auch diese Region genauer zu untersuchen. So werden wir uns im zweiten regionalen Schwerpunkt auf Ostasien und Ozeanien fokussieren und das militärische Potenzial der AUKUS-Staaten dem Chinas gegenüberstellen.

Ob dieses regionalen Schwerpunkts haben wir in diesem GMI für Nordkorea und Taiwan, zwei zentrale Länder in dem Regionalkonflikt, eine Schätzung ihres Militarisierungsgrades vorgenommen. Beide Länder sind normalerweise nicht durch den GMI abgedeckt. Im globalen Ranking würde Nordkorea Platz eins und Taiwan Platz 21 einnehmen. Da die Schätzung auf abweichenden oder älteren Datenquellen beruht, floss sie jedoch weder in den GMI-Datensatz noch in das offizielle Ranking ein.

Auch in diesem Jahr hat sich der GMI methodologisch weiterentwickelt: Wir ergänzten den Schwere Waffen-Index durch die Aufnahme von unbemannten Kampfdrohnen (UCAVs) und Loitering Munitions (sog. Kamikazedrohnen) sowie Satelliten.




Die Spitzenplätze

Der GMI 2022 umfasst 154 der 195 von der UN anerkannten Länder.³ Die zehn Länder, die im GMI 2022 den höchsten Militarisierungsgrad aufweisen, sind Israel, Kuwait, Armenien, Singapur, Oman, Bahrain, Griechenland, Russland, Brunei und Saudi-Arabien (s. Tabelle I). Diese Staaten stellen ihrem Militär im Verhältnis zu anderen gesellschaftlichen Bereichen besonders viele Ressourcen zur Verfügung. Der eingangs beschriebene Trend zur Demilitarisierung zeichnet sich auch unter diesen Ländern ab. So weisen sieben dieser zehn Länder zum Teil

3 \ Er enthält keine Gebiete, die nicht allgemein anerkannt sind, wie etwa Taiwan oder die Republiken Abchasien und Südossetien. Von einigen Staaten existieren zudem keine belastbaren Daten, um die Ressourcenverteilung zwischen dem militärischen und dem gesamtgesellschaftlichen Bereich zu analysieren. Unter ihnen befinden sich solche, bei denen wir davon ausgehen, dass sie einen sehr hohen Militarisierungsgrad aufweisen und sogar einen Spitzenplatz im GMI-Ranking einnehmen würden.

deutliche Demilitarisierungstendenzen⁴ im Vergleich zum Vorjahr auf (Saudi-Arabien, Brunei und der Oman). Diese sind aber, wie bereits beschrieben, überwiegend auf die wirtschaftliche Erholung bzw. Zuwächse des BIP dieser Länder zurückzuführen.⁵

Tabelle 1:
Top 10

Land				GMI	Δ GMI	Rang
Israel	2,3	1,8	3,1	359	-3,8	1 (+0)
Kuwait	2,8	0,6	2,6	303	3,6	2 (+5)
Armenien	2,0	1,7	2,2	297	-11,5	3 (+0)
Singapur	1,9	1,3	2,7	296	3,5	4 (+4)
Oman	3,1	0,9	1,9	293	-23,2	5 (-3)
Bahrain	2,1	0,5	2,6	289	-18,1	6 (-2)
Griechenland	2,0	1,1	2,6	287	17,1	7 (+6)
Russland	2,2	0,9	2,6	286	-3,1	8 (+1)
Brunei	2,3	1,5	1,9	285	-15,7	9 (-3)
Saudi-Arabien	2,8	0,7	2,1	282	-20,4	10 (-5)

Wie auch in den letzten Jahren nimmt **Israel** den ersten Platz in unserem Militarisiertungsranking ein. Es gab für sein Militär, das 169.500 Soldat:innen und eine Reserve von 465.000 Personen umfasst, im Jahr 2021 rund 22,5 Mrd. US-Dollar aus. Dies entspricht rund 5,2 Prozent des BIP. Das Land wies im Vergleich zum Vorjahr dennoch eine geringe Demilitarisierung (Δ GMI -3,8) auf.

Kuwait belegt im diesjährigen Ranking den zweiten Platz. Das Land verzeichnete im Vergleich zum Vorjahr eine geringe Militarisierung (Δ GMI +3,6) und stieg damit, nicht zuletzt wegen der beschriebenen Demilitarisierungstendenzen unter anderen hoch militarisierten Ländern, fünf Plätze in Ran-

king auf. Für seine Streitkräfte, die 17.500 aktive Soldat:innen, 7.100 paramilitärische Kräfte und eine Reserve von 23.700 Soldat:innen umfassen, wendet es mit 8,7 Mrd. US-Dollar bzw. 6,7 Prozent des BIP sehr viel für sein Militär auf.

Auf Rang drei folgt unverändert und einer deutlichen Demilitarisierung im Vergleich zum Vorjahr zum Trotz (Δ GMI -11,5) **Armenien**. Diese Demilitarisierung ist zum einen auf sinkende Militärausgaben (von 634 Mio. 2020 auf rund 601 Mio. US-Dollar 2021) und zum anderen auf eine Reduktion des aktiven Militärpersonals (von 44.800 auf 42.900) zurückzuführen. Dennoch ist das Verhältnis von Militärpersonal zu Zivilbevölkerung mit 14,5 Soldat:innen pro 1.000 Einwohner:innen immer noch sehr hoch.

Singapur kletterte vier Ränge höher als im letzten Jahr und liegt nun an vierter Stelle. Seine Militarisierungsdynamik ist im Vergleich zum Vorjahr zwar nur gering (Δ GMI + 3,5). Mit 10,7 Mrd. US-Dollar bzw. rund drei Prozent des BIP wandte das Land allerdings recht viel für sein 51.000 Streitkräfte umfassendes Heer auf. Die Reserve von 252.500 Soldat:innen ist im Hinblick auf die Größe des Staates enorm.

Der **Oman** gehörte in den letzten fünf Jahren stets zu den Top 10 und rangiert dieses Jahr auf dem fünften Platz. Im Vergleich zum Vorjahr erlebte das Land zwar eine deutliche Demilitarisierung (Δ GMI -23,2), welche vornehmlich auf gesunkene Militärausgaben zurückzuführen ist. Trotzdem gab das Land im Jahr 2021 immer noch rund 7,3 Prozent des BIP bzw. 5,51 Mrd. US-Dollar für sein 42.600 Soldat:innen starkes Militär aus.

Die vermeintlich deutliche Demilitarisierung (Δ GMI -18,1 Punkten) **Bahrains**, das sich auf Rang sechs befindet, hängt im Wesentlichen mit fehlenden Daten über die Anzahl an Ärzt:innen im Land zusammen. Dies führt zu einer Verzerrung der Berechnung. Es handelt sich hierbei nicht um eine reale Demilitarisierung Bahrains. So sanken die absoluten Militärausgaben lediglich sehr moderat von 1,40 Mrd. auf 1,37 Mrd. US-Dollar bzw. relativ von 4,1 auf 3,6 Prozent des BIP. Auch der Schwere Waffen Index blieb relativ konstant.

Griechenland stieg im Vergleich zum Vorjahr um sechs Ränge auf Platz sieben. Seine Militarisierung im Vergleich zum Vorjahr fällt deutlich aus (Δ GMI +17,1). Sie geht dabei wesentlich auf gestiegene Ausgaben (von 2,8 auf 3,9 Prozent des BIP bzw. von 5,3 auf 7,7 Mrd. US-Dollar) und eine leichte Aufstockung des militärischen Personals um 600 Soldat:innen zurück.

4 \ Steigerungen um mehr als 25 Punkte im GMI-Ranking bezeichnen wir als starke Militarisierung, Steigerungen um fünf bis 25 Punkte als deutliche und Steigerungen um bis zu fünf Punkten als geringe Militarisierung. Analog bezeichnen wir eine Reduzierung um über 25 Punkte und mehr als starke, eine Reduzierung um bis zu 25 Punkte als deutliche und bis zu fünf Punkte als geringe Demilitarisierung.

5 \ Die hier angegebenen Veränderungen in der Platzierung beziehen sich auf die 2021 Neuberechneten Daten. Diese können von den Angaben in der letzten Printausgabe des Indexes abweichen. Dies liegt daran, dass im Zuge der Berechnung auch immer für die vorhergehenden Jahre Daten ergänzt werden und sich daher die Platzierungen auch im Nachhinein verändern können. Die entsprechend rückberechneten Daten finden Sie auf unserer Homepage unter:

\ > <https://gmi.bicc.de/ranking-table>

Das auf Platz acht liegende **Russland** erlebte im Vergleich zum Vorjahr eine geringe Demilitarisierung (Δ GMI -3,1). Absolut betrachtet wuchsen die Ausgaben jedoch von 61,7 Mrd. auf 63,5 Mrd. US-Dollar an. Da das Land jedoch ein Plus im BIP von rund 7,5 Prozentpunkten erlebte, wandte es relativ gesehen weniger finanzielle Mittel für sein Militär auf, so dass die Militärausgaben von 4,3 auf 4,1 Prozent des BIP sanken.

Das **Sultanat Brunei** (Platz 9) sowie **Saudi-Arabien** (Platz 10) verzeichnen jeweils eine deutliche Demilitarisierung im Vergleich zum Vorjahr (Δ GMI -15,7 bzw. -20,4). Im Fall Saudi-Arabiens stehen einem Personalzuwachs um 30.000 Soldat:innen (von 227.000 auf 257.000) sinkende Militärausgaben gegenüber (von 9,2 auf 6,6 Prozent des BIP bzw. von 64,6 Mrd. auf 53,8 Mrd. US-Dollar). Auch im Sultanat Brunei geht die Demilitarisierung auf sinkende relative Ausgaben (von 4,1 auf 3,3 Prozent des BIP) zurück. Die absoluten Militärausgaben änderten sich jedoch kaum.

Länder mit der weltweit höchsten bzw. niedrigsten Militarisierungstendenz

Die größte Militarisierungstendenz weist mit einem Δ GMI-Wert von 22,7 **Kroatien** auf. Seine Militärausgaben sprangen im Vergleich zum Vorjahr von einer auf 1,6 Mrd. US-Dollar bzw. von 1,8 auf 2,7 Prozent des BIP. Dies liegt vor allem am Kauf von 12 gebrauchten französischen Dassault Rafale zum berichteten Preis von 1,2 Mrd. US-Dollar, welche die noch in Betrieb der Luftwaffe befindlichen MIG-21 ersetzen sollen. Zudem wurde das Militär auch personell von 15.200 Soldat:innen 2020 auf 16.700 im Jahr 2021 aufgestockt. Auch die Reserve wuchs von 18.350 auf 21.000 an und erreichte damit die im Jahr 2013 beschlossene Zielgröße. Ein weiterer Anwuchs ist damit in näherer Zeit nicht zu erwarten - das Land sprang von Rang 49 auf Rang 32.

Das Land mit der größten Demilitarisierungstendenz war 2021 **Afghanistan** mit einem Δ GMI-Wert von minus 50,6. Dies lag vor allem an der Implosion der afghanischen Streitkräfte mit der Machtübernahme der Taliban. Eine große Anzahl an Soldat:innen desertierte. Gleichzeitig wurde eine große Anzahl an schweren Waffen ins Ausland gebracht oder zerstört.

Regionale Militarisierung im Blickpunkt

NATO im Jahr 2023

Als Folge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine beantragten Schweden und Finnland am 18. Mai 2022 die NATO-Mitgliedschaft. Ihr Beitritt ist nicht nur in Hinblick auf ihre Verteidigungsfähigkeit relevant, sondern hat überdies auch Auswirkungen auf die Fähigkeiten der NATO, geostrategisch wichtige Regionen wie den Ostseeraum oder die Arktis zu kontrollieren. Der Beitritt beider Länder würde, wie die unten abgebildete Karte verdeutlicht, z. B. die Ostsee faktisch zu einem von der NATO kontrollierten Meer machen.

Darauf, was ihr Beitritt in Hinblick auf das konventionelle Gleichgewicht in Europa bedeutet, werden wir im Folgenden eingehen. Hierzu werfen wir zunächst einen kurzen Blick auf die beiden Beitrittskandidaten und ihr Militär, bevor wir in einem zweiten Schritt die konventionellen Streitkräfte der NATO nach dem wahrscheinlichen Beitritt analysieren.

Schweden

Beim ersten Beitrittskandidat, Schweden, handelt es sich um ein Land mit mittlerem Militarisierungsgrad, welches aktuell **Rang 68 im GMI** belegt. Die Streitkräfte Schwedens umfassen etwa 14.600 Personen und sind damit nicht besonders groß; die Reserve umfasst 10.000 Soldat:innen. Damit besitzt Schweden ein Verhältnis von 1,4 Soldat:innen pro 1.000 Einwohner:innen. Das Land gab in den letzten 10 Jahren durchschnittlich 1,1 Prozent seines BIPs für das Militär aus. Zuletzt (2021) wurden mit 7,2 Mrd. US-Dollar rund 1,3 Prozent des BIP für das Militär aufgewendet. In Bezug auf die absoluten Militärausgaben liegt Schweden damit auf Platz 24 unter den NATO-Ländern. Ein Verteidigungsgesetz aus dem Oktober 2020 sieht jedoch vor, die Militärausgaben bis 2025 zu steigern sowie weitere fünf Regimenter und ein siebtes Luftgeschwader aufzustellen. Eine weitere Militarisierung des Landes ist

Abb. 2: NATO in Europa



in den kommenden Jahren also zu erwarten. Derzeit besitzt das Land u. a. 96 Kampfflugzeuge, welche bis 2026 jedoch ausgemustert oder generalüberholt werden müssen. 2019 schloss sich das Land daher bereits dem britischen Tempest-Programm an. Das Programm zielt, ähnlich wie auch das Future Combat Air System (FCAS), auf die Entwicklung eines Kampfflugzeuges der sogenannten sechsten Generation ab. Es soll ab 2035 die Saab 39 ersetzen. Daneben stehen der Luftwaffe vornehmlich 62 Transportflugzeuge und -hubschrauber sowie insgesamt 67 Trainings- und fünf weitere Flugzeuge sowie acht Aufklärungsdrohnen zur Verfügung. An Landssystemen besitzt Schweden 120 Kampfpanzer, 1.475 gepanzerte Personentransporter und Infanteriefahrzeuge, 35 schwere Artillerie-Systeme sowie eine Reihe weiterer, vom GMI nicht erfasster Fahrzeuge (Technik und Wartung) sowie kleinere Artillerie und Luftverteidigungssysteme. Die Marine ist vornehmlich mit 150 Küsten- und Patrouillenbooten sowie insgesamt 33 Minenräumungs-, Landungs- und Logistikschiffen ausgestattet. Zudem stehen fünf U-Boote der Gotland- bzw. Västergötland-Klasse zur Verfügung, welche allesamt seit den späten 1980er Jahren bzw. Mitte der 1990er Jahre in Dienst stehen. Insgesamt würde mit Schweden ein Land mit kleinem, aber modernem Militär und einer breiten eigenen rüstungsindustriellen Basis der NATO beitreten. So stammen einige der genutzten Systeme, wie etwa die Kampfflugzeuge des Herstellers Saab sowie die U-Boote der Saab Kockums-Werft aus eigener Produktion. Im Zeitraum 2017 bis 2021 belegte Schweden den 13. Platz unter den weltweiten Rüstungsexporturen.

Finnland

Der zweite Beitrittskandidat, Finnland, ist bereits ein hoch militarisiertes Land und belegt im aktuellen **GMI-Ranking Platz 25**. Das Land wendete in den vergangenen zehn Jahren mit durchschnittlich 1,5 Prozent seines BIP rund 0,4 Prozentpunkte mehr als Schweden für sein Militär auf. In absoluten Zahlen liegt das Militärbudget mit 5,6 Mrd. US-Dollar (2021) jedoch unter dem Schwedens. Mit 19.250 aktiven Streitkräften, welche sich vornehmlich aus Wehrpflichtigen zusammensetzen, kommen rund 3,5 Soldat:innen auf 1.000 Einwohner:innen. Ihre Anzahl soll in den kommenden Jahren weiter erhöht werden. Mit einer Reserve von 238.000 Personen weist das Land jedoch ein enormes Mobilisierungspotenzial auf. An Landssystemen besitzen die finnischen Streitkräfte 200 Panzer, 831 Truppentransporter und Infanteriefahrzeuge, 288 gezogene und 49 selbstfahrende Geschütze sowie 56 Mehrfachraketenwerfer. Die Marine ist deutlich schwächer bewaffnet als die schwedische: Sie besitzt rund 20 Patrouillen- und Küstenboote, acht Minenräumungs- und 51 Amphibien- und Landungsschiffe sowie sieben Unterstützungsboote. Die Patrouillenboote und Minenräumer sollen im Rahmen des Programms Squadron 2020 jedoch durch Schiffe in Korvettengröße ersetzt werden. Die Luftwaffe ist mit 107 kampffähigen Flugzeugen ausgestattet. Auch diese müssen, wie die schwedischen, in absehbarer Zeit ersetzt oder kostspielig überholt werden. 2021 wurde daher im Rahmen des HX-Programms beschlossen, 62 Kampfflugzeuge des Typs F18 Hornet durch 64 US-amerikanische F-35 zu ersetzen, die zwischen 2026 und 2030 geliefert werden sollen. Im Bestand befinden sich außerdem 99 teilweise bewaffnete Trainingsflugzeuge sowie insgesamt 12 Transport- und Aufklärungsflugzeuge. Mit der geplanten Vergrößerung der Streitkräfte werden diese Beschaffungen wahrscheinlich in absehbarer Zukunft zu einer weiteren Militarisierung des Landes führen. Bereits jetzt handelt es sich beim finnischen Militär um eine moderne Armee mit großem Mobilisierungspotenzial. Auch Finnland besitzt eine eigene Verteidigungsindustrie und nutzt von dieser entwickelte Systeme in seinen Streitkräften. Im Zeitraum 2017 bis 2021 belegte es den 28. Platz unter den weltweiten Rüstungsexporturen.

Was bedeutet der Beitritt beider Länder für die NATO?

Der Beitritt Schweden und Finnlands würde für die NATO zunächst einen **personellen Zuwachs** von 1,03 Prozent an aktiven Streitkräften bedeuten (insgesamt dann 3.326.660 Soldat:innen). Der Zuwachs hinsichtlich Reservekräften würde jedoch wesentlich deutlicher ausfallen: Dem Bündnis würden mit dem Beitritt 11,8 Prozent mehr Reservist:innen zu Verfügung stehen. Ähnlich würde der Beitritt die gesamten Militärausgaben des Bündnisses von 1.102 Mrd. auf 1.116 Mrd. US-Dollar und damit um 1,15 Prozent erhöhen. Der Zuwachs an schweren Waffensystemen bewegt sich zwischen 1,85 Prozent (etwa bei Selbstfahrlafetten) und 5,73 Prozent (beigezogenen Geschützen).

Zudem würde ein NATO-Beitritt bedeuten, dass sich die Länge der NATO-Russland-Grenze mehr als verdoppelt - von derzeit 1.209 auf 2.549 Kilometer. Im Vergleich stünden den 3,3 Millionen aktiven NATO-Soldat:innen dann 900.000 aktive russische Soldat:innen gegenüber. In Bezug auf Reservekräfte würde die NATO einen Vorteil von 356.000 Reservist:innen gegenüber Russland besitzen. Veränderungen, die sich im Hinblick auf den Ukraine-Krieg ergeben könnten, sind hier noch nicht abgebildet.

Den russischen **Militärausgaben** von rund 63,5 Mrd. US-Dollar im Jahr 2021 stehen insgesamt 1,1 Billionen US-Dollar an Militärausgaben der künftig 32 NATO-Staaten gegenüber. Die NATO gibt damit für sein Militär deutlich mehr aus als Russland. Selbst ohne die Ausgaben der USA und Kanadas übertreffen die Militärhaushalte der europäischen NATO-Länder mit 323,8 Mrd. die Russische Föderation. Dies gilt ebenso, wenn man die kaufkraftbereinigten Ausgaben betrachtet - auch dann weisen alleine die jetzigen europäischen NATO-Länder doppelt so hohe Militärausgaben wie Russland auf.⁶

Abb. 3:
Militärpersonal von NATO, Russland und OVKS

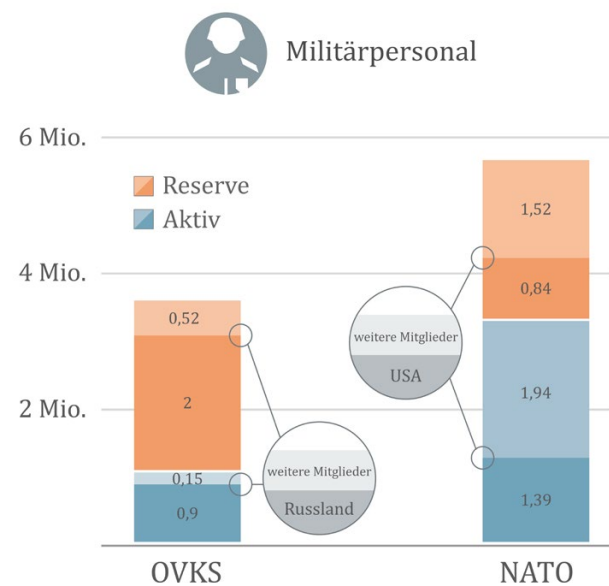
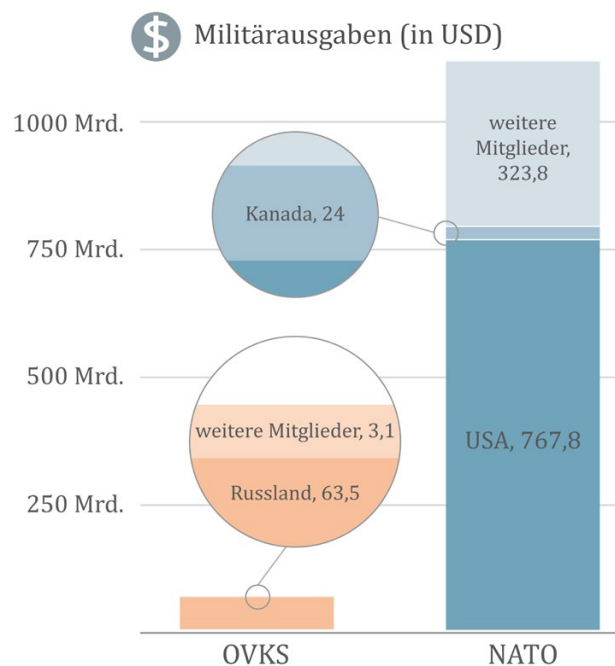
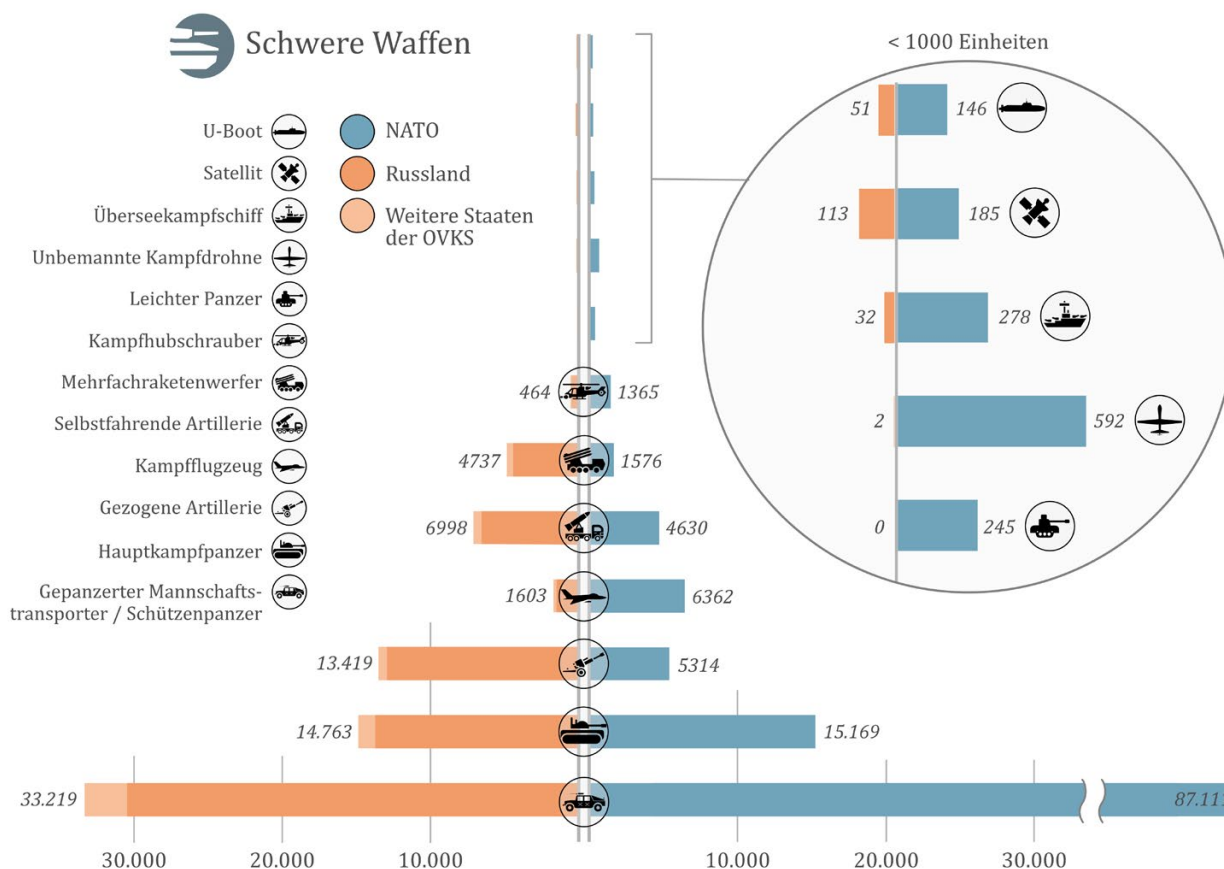


Abb. 4:
Militärausgaben von NATO, Russland und OVKS



6 \ Bayer M. & Mutschler M. (2022): Aufrüstung der Bundeswehr. Bedarfsorientierte Sicherheitspolitik oder Zwei-Prozent-Fetischismus? Greenpeace. Abzurufen unter \ > <https://www.greenpeace.de/publikationen/aufruestung-bundeswehr>

Abb. 5:
Schwere Waffen von NATO, Russland und OVKS



In Bezug auf die Anzahl an **schweren Waffen** liegen künftig die 32 NATO-Staaten mit 120.000 Systemen ebenfalls deutlich vor Russland, welches 69.000 schwere Waffen in seinen Arsenalen besitzt. Zahlenmäßige Vorteile bestehen für Russland im Bereich der Artillerie, deutliche Nachteile in den Bereichen der Luft- und Marinestreitkräfte. Russische Verluste im Zuge des Ukrainekrieges sind auch hier nicht berücksichtigt.

Stellt man der NATO die Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS), der Russland, Belarus, Armenien, Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan angehören, als mögliches Pendant gegenüber, wäre die geteilte Grenze zwischen den Bündnissen 4.113 Kilometer lang. Doch auch die OVKS weist in allen Aspekten eine weitaus geringere konventionelle militärische Ausstattung als die NATO auf. So erreicht das gesamte Bündnis inklusive der Reservekräfte in etwa eine potenzielle

Mobilisierungsstärke von 3,6 Millionen Soldat:innen, was deutlich unter der Gesamtzahl der Soldat:innen der NATO liegt, die nach einem Beitritt Schwedens und Finnlands ein Mobilisierungspotenzial von 5,7 Mio. Soldat:innen erreichen würde. Russland stellt innerhalb der OVKS rund 86 Prozent der aktiven und rund 79 Prozent der Reservestreitkräfte. Während die erweiterte NATO durchschnittlich 1,7 Prozent des BIP ausgibt, sind es in der OVKS durchschnittlich 2,2 Prozent. Nichtsdestotrotz liegen die absoluten Bündnisausgaben der OVKS bei lediglich sechs Prozent der Ausgaben der NATO. Auch bei den schweren Waffensystemen ändert sich im Vergleich wenig an der Überlegenheit der NATO, da die übrigen OVKS-Länder nur etwa 6.000 schwere Waffen in das Bündnis mit einbringen. Die OVKS hat zwar einen zahlenmäßigen Vorteil im Bereich der Artillerie, aber deutliche Nachteile in Marine- und Luftstreitkräften.

Die von uns vorgenommene Gegenüberstellung der beiden Blöcke soll indes keinem neuen Kalten Krieg argumentativ den Weg bereiten. Zudem sagt diese Aufstellung nicht allzu viel über die Einsatzbereitschaft bzw. die Kampfkraft der Streitkräfte aus. Auch beinhaltet sie nichts darüber, ob sie logistisch gut versorgt und taktisch wie strategisch gut geführt werden. Der Bündnisvergleich folgt vielmehr der Grundidee des GMI: Der Index will dazu anregen, über die Nutzung gesellschaftlich verfügbarer Ressourcen zu diskutieren und für diese Diskussion eine faktenbasierte Basis bereitzustellen. Dies wird auch die Herangehensweise im folgenden Kapitel sein.

Das Sondervermögen und die Militarisierung Deutschlands – Zwei Szenarien für die Zukunft

Bundeskanzler Olaf Scholz verkündete in Reaktion auf den russischen Angriff der Ukraine die Einführung eines Sondervermögens von 100 Mrd. Euro für die Bundeswehr sowie die Erhöhung der Verteidigungsausgaben auf mehr als zwei Prozent des BIP jährlich. Das Sondervermögen zielt auf die Stärkung der Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit ab und soll sicherstellen, dass notwendige Investitionen getätigt werden können. Hierfür wurde am 3. Juni 2022 das Grundgesetz geändert und der Schuldenbremse eine Ausnahme hinzugefügt (Zusatz a. zu Artikel 87). Seitdem wird das Sondervermögen kontrovers diskutiert und von einigen als Tropfen auf den heißen Stein und von anderen als massives Aufrüstungsprogramm bezeichnet. Vor dem Hintergrund dieser Debatte werden wir die geplanten Vorhaben der Bundeswehr im Bereich Personal, Ausgaben und Beschaffung und deren mögliche Auswirkung für den Militarisierungsgrad Deutschlands untersuchen und davon ausgehend zwei Szenarien entwickeln. Da bis zum Jahr 2026 sowohl die Mittel des Sondervermögens verausgabt⁷ als auch die Ziele der

mittelfristigen Personalplanung umgesetzt sein sollen, bildet dieses Jahr den Zeithorizont für unsere folgende Prognose. Basierend auf extrapolierten Daten für das Jahr 2026 schätzen wir den Militarisierungsgrad Deutschlands für das Jahr 2027. Die genaue Daten- bzw. Berechnungsgrundlage befindet sich im \ > Onlineappendix.



Da die Umsetzung diverser Pläne für die Bundeswehr einigen Unwägbarkeiten unterliegt – etwa ob das eingeplante Personal auch rekrutiert und bestimmte Waffensysteme pünktlich beschafft werden können – rechnen wir in allen Bereichen (Personal, Ausgaben und schwere Waffen) mit folgenden zwei Szenarien:

- I Einem **Szenario Zielerreichung**, bei dem alle Entwicklungsziele erreicht und alle Beschaffungen umgesetzt werden können und
- II einem **Szenario Zielverfehlung**, in dem nicht alle Ziele voll umgesetzt werden können.

Für die Berechnung sind darüber hinaus Referenzwerte wie die Bevölkerungszahl, Gesundheitsausgaben und die Anzahl an Ärzt:innen relevant.⁸ Um diese für 2026 zu schätzen, errechnen wir für die Jahre 2017 bis 2021 eine Regressionsgerade, welche wir in die Zukunft projizieren.

Um Deutschland im globalen Ranking zu verorten, müssen auch die Entwicklungen in anderen Ländern in Betracht gezogen werden. Hier berechnen wir – im Gegensatz zu Deutschland – den GMI-Score jedoch nicht komplett auf Basis geschätzter Werte neu. Stattdessen schätzen wir deren GMI-Wert auf Basis seiner Entwicklung in den letzten fünf Jahren (ebenso mittels linearer Regression). Geplante Ausgabenerhöhungen, Beschaffungsvorhaben und etwaige Personalplanungen der anderen Länder werden dabei außer Acht gelassen, da eine informierte Schätzung für alle 154 Länder nicht möglich ist.

7 \ Formal ist eine Verausgabung der Mittel auch über dieses Jahr aus möglich.

8 \ Auch das Bruttoinlandsprodukt spielt als Referenzwert eine zentrale Rolle. Den Umgang mit diesem Wert legen wir unter den Ausgaben näher dar.

Personal: Die mittelfristige Personalplanung der Bundeswehr sieht bis 2027 ein Anwachsen der Bundeswehr von 183.400 auf 203.000 Soldat:innen vor. Der im Juli 2022 vorgelegte Sachstandsbericht zur Bestandsaufnahme sieht eine Fokussierung der Streitkräfte auf die Kernaufgabe Landes- und Bündnisverteidigung und darüber hinaus eine Vergrößerung der Reserve vor (welche derzeit 30.050 Soldat:innen umfasst). So sollen die seit 2021 gebildeten 30 regionalen Sicherungs- und Unterstützungskompanien bis 2025 in vier Heimatschutzregimentern (Berlin, Hessen, NRW und Mecklenburg-Vorpommern) aufgehen. Zusätzlich zu den bestehenden 30 Kompanien sollen zwölf weitere aufgestellt werden und ab März 2023 einsatzbereit sein. Dies entspräche einer Vergrößerung der Reserve um rund 1.850 Soldat:innen. Darüber hinaus ist ein Anwachsen der Reserve um weitere 3.000 Soldat:innen geplant, ein genaues Zieldatum hierfür ist im Bericht jedoch nicht festgelegt.

Szenario Zielerfüllung: Durch den Krieg in der Ukraine und die Fokussierung auf die Landes- und Bündnisverteidigung schafft es die Bundeswehr im vollen Umfang genügend Rekrut:innen zu gewinnen, um alle Personalplanungen zu erfüllen: Die Bundeswehr umfasst daher im Jahr 2027 203.000 Soldat:innen. Die Reserve ist auf 34.900 Soldat:innen angewachsen.

Szenario Zielverfehlung: Auch nach dem Beschluss der mittelfristigen Personalplanung hat sich die Bundeswehr zwischen 2021 und 2022 keineswegs vergrößert, sondern tatsächlich um 100 Soldat:innen verkleinert. Angesichts dieser Entwicklung gehen wir konservativ davon aus, dass die Bundeswehr in den kommenden vier Jahren maximal 10 Prozent der geplanten 20.000 zusätzlichen Soldat:innen rekrutieren kann. Die Bundeswehr würde demnach im Jahr 2027 rund 185.000 Soldat:innen umfassen. Für die Reserve können in diesem Szenario zwar die zwölf geplanten regionalen Sicherungs- und Unterstützungskompanien aufgestellt, jedoch keine zusätzlichen 3.000 Soldat:innen gewonnen werden. Die Reserve würde daher aus 31.900 Soldat:innen bestehen.

Militärausgaben: Einen sehr direkten Einfluss wird das Sondervermögen auf die Militärausgaben Deutschlands haben. Für das Jahr 2022 sind im Haushalt 50,5 Mrd. Euro für die Bundeswehr vorgesehen. Die gleiche Summe ist laut Eckwertebeschluss zum Finanzplan bis 2026 eingeplant. Die zusätzlichen 100 Mrd. aus dem Sondervermögen sollen, laut Wirtschaftsplan zum Sondervermögen der Bundesregierung ermöglichen, die NATO-Vorgabe von 2 Prozent „im mehrjährigen Durchschnitt von maximal fünf Jahren“ zu erreichen. Dies entspricht, legt man das BIP von 2021 zugrunde, etwa 70 Mrd. Euro.

Im **Szenario Zielerreichung** nehmen wir die Bundesregierung beim Wort und gehen davon aus, dass sie mit den zusätzlichen Mitteln des Sondervermögens, im Jahr 2026 das Ziel zwei Prozent des BIP für die Bundeswehr auszugeben erreicht.

Für das **Szenario Zielverfehlung** schreiben wir die Entwicklung des BIP, basierend auf den Werten der letzten fünf Jahre linear fort.⁹ Die Bundesregierung gibt in diesem Szenario 2026 zwar 70 Mrd. Euro aber nur 1,5 Prozent des BIP für die Bundeswehr aus.

⁹ \ Angesichts steigender Energiepreise dieses Vorgehen in Bezug auf das BIP mit großer Unsicherheit verbunden. Unser für 2026 errechneter Wert von 4.578 Mrd. US-Dollar kommt jedoch recht nahe an den von der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, welcher führende Wirtschaftsforschungsinstitute im deutschsprachigen Raum angehören, in ihrem Herbstgutachten 2022 geschätzten Wert des deutsche BIP von 4674 Mrd. Euro im Jahr 2027 heran.

Schwere Waffen: Ziel des Sondervermögens ist es, notwendige Investitionen und Beschaffungen zu ermöglichen und die Bundeswehr darüber hinaus in die Lage zu versetzen, ihren Kernauftrag der Landes- und Bündnisverteidigung zu erfüllen. Der Wirtschaftsplan des Sondervermögens sieht 100 Milliarden Euro für Beschaffungen vor und ordnet diese grob vier Dimensionen (Land, See, Luft, Cyber) zu. In unserem Online-Appendix haben wir die bereits bekannten und kolportierten Beschaffungsvorhaben daraufhin überprüft, ob und ggf. wann diese zu einer Veränderung der Anzahl an schweren Waffen im Globalen Militarisierungsindex beitragen könnten.

Für das **Szenario Zielerreichung** gehen wir von einer Erhöhung der Anzahl an schweren Waffen um 180 Systeme aus. Diese kommt vor allem dadurch zustande, dass neu zu beschaffende Nachfolgefahrzeuge eine stärkere Bewaffnung haben und dadurch in einer anderen Kategorie erfasst werden. Hinzukommen u. a. bewaffnete Drohnen und zusätzliche Schiffe für die Marine. Viele der angekündigten Beschaffungen (wie F-35 oder CH-47) sollen bestehende Waffensysteme ersetzen, erhöhen damit aber nicht die Gesamtzahl.

Im **Szenario Zielverfehlung** erhöht sich die Anzahl an schweren Waffen um lediglich 49 Systeme, da viele wahrscheinlich nicht bis 2026 ausgeliefert werden können. Die höhere Anzahl an schweren Waffen geht wesentlich auf bewaffnete Drohnen und neue, bewaffnete Mehrzweckhubschrauber und zusätzliche Marineschiffe zurück.

GMI-Ranking: Basierend auf diesen Änderungen wird Deutschland, dem **Szenario Zielerreichung** folgend, im Jahr 2027 wahrscheinlich einen Militarisierungswert von 131 und damit eine deutliche Militarisierungsdynamik im Vergleich zu diesem Jahr aufweisen. Im Jahr 2027 würde es im GMI damit wahrscheinlich **Platz 89** belegen; 14 Ränge höher als in diesem Jahr.

Legen wir das **Szenario Zielverfehlung** an, so würde Deutschland 2027 einen Militarisierungswert von 120 erreichen und im Vergleich zum Jahr 2022 lediglich eine geringe Militarisierungsdynamik verzeichnen. Mit dieser würde Deutschland im globalen Ranking lediglich um fünf Plätze auf **Rang 98** klettern.

Ostasien und Ozeanien

Die Ankündigung einer neuen, trilateralen Sicherheitspartnerschaft zwischen Australien, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten (AUKUS) im September 2021, in der Australien Technologie zur Entwicklung atomgetriebener U-Boote sowie Kooperationen im Bereich der Quantentechnologie, der künstlichen Intelligenz und der Cybersicherheit angeboten werden, spitzte den Konflikt zwischen China und den USA in der Region weiter zu. Spannungen bestehen aber auch aufgrund Chinas Ansprüchen auf Taiwan sowie auf große Teile des Südchinesischen Meeres, welche die Anrainer- und ASEAN-Staaten als Bedrohung sehen. Beide Vorgänge leisten einer Blockbildung Vorschub.

Da die konfliktrelevanten Länder in die beiden, eigentlich getrennten Regionen Ostasien und Ozeanien des GMI fallen, betrachten wir sie in diesem Regionalfokus zusammen und benennen Top 15 (anstatt Top 10) im regionalen GMI-Ranking.

Abb. 6:
Allianzen im Raum Ostasien und Ozeanien

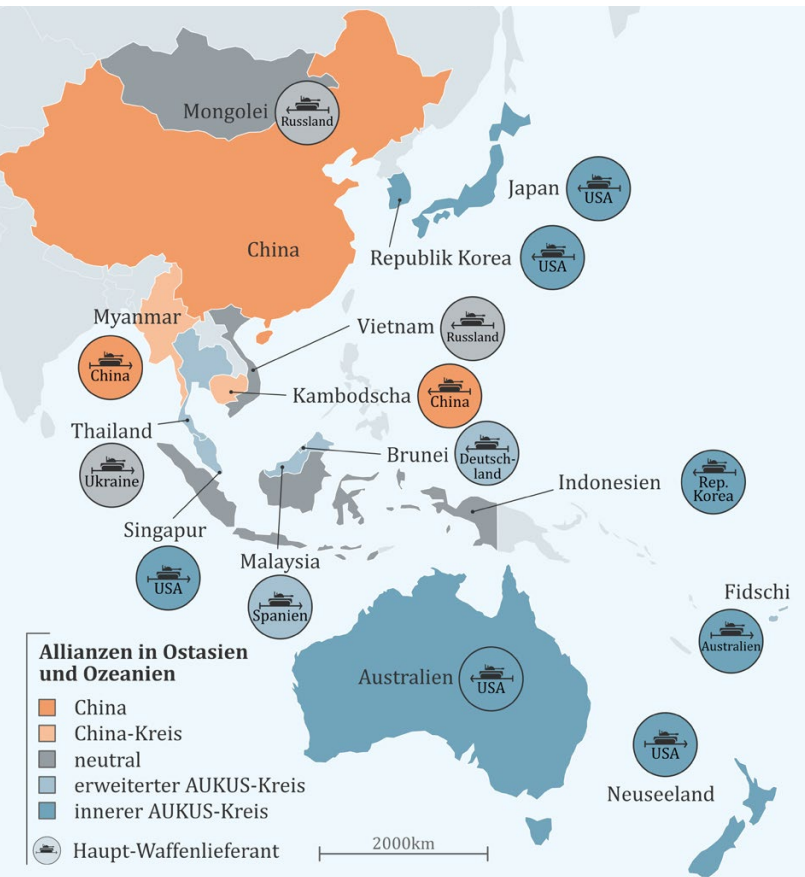


Tabelle 2:
Top 15 in Ostasien und Ozeanien

Land	\$	👤	🌐	GMI	ΔGMI	Rang
Singapur	1,9	1,3	2,7	296	3,5	4 (+4)
Brunei	2,3	1,5	1,9	285	-15,7	9 (-3)
Rep. Korea	1,6	1,4	2,2	261	-2,4	15 (-1)
Vietnam	1,5	1,2	1,4	205	-0,5	31 (-2)
Mongolei	0,7	0,8	2,5	199	-5,3	35 (-4)
Myanmar	2,0	1,1	0,8	192	2,6	38 (+2)
Kambodscha	1,5	0,5	1,3	186	-2,0	46 (-4)
Thailand	1,1	0,9	1,1	155	-6,4	63 (-6)
Australien	1,3	0,2	1,5	152	-0,3	67 (+1)
Malaysia	1,0	0,5	1,0	124	3,2	91 (+9)
China	1,3	0,2	0,8	119	1,5	98 (+5)
Fidschi	1,3	0,3	0,5	116	-14,9	102 (-16)
Neuseeland	1,0	0,2	0,8	103	-2,1	112 (-2)
Japan	0,8	0,3	0,8	94	1,3	119 (+3)
Indonesien	0,7	0,5	0,4	84	-7,1	130 (-7)

Auf die aktuellen und in näherer Zukunft zu erwartenden Militarisierungsdynamiken sowie die Einbindung der für diese Entwicklungen wichtigsten Länder werden wir im Folgenden eingehen. Dabei betrachten wir insbesondere die beiden Blöcke und hoch militarisierte neutrale Staaten in der Region.

AUKUS-Staaten und ihre Verbündeten

Singapur (GMI-Rang 4; regional Platz 1): Die Republik Singapur ist innerhalb der Region Ostasien der kleinste aber am höchsten militarisierter Staat. Aufgrund der gefühlten Verwundbarkeit als Stadtstaat und seiner Doktrin der *Total Defence*, stellt Singapur seinem Militär seit Jahren zunehmend Ressourcen zur Verfügung. Mit 10,7 Mrd. US-Dollar gab das Land zuletzt 3,0 Prozent seines BIP für sein Militär aus. Dieses umfasst 51.000 aktive und 252.500 Reservkräfte und gilt als sehr modern. Auch dieses Jahr verzeichnet das Land eine leicht positive Militarisierung (Δ GMI +3,5). Zur Sicherung seiner territorialen Integrität unterhält das Land militärische Partnerschaften mit den USA und Großbritannien und gehört somit zum erweiterten AUKUS-Block. Mit dem SAF 2040 läuft derzeit ein Modernisierungsprogramm, in Zuge dessen u. a. eine vierte Teilstreitkraft (Cybersicherheit) etabliert werden soll. Zudem verstärkte der Stadtstaat in den letzten Jahren insbesondere seine Marine und Luftwaffe. Eine weitere Militarisierung ist daher zu erwarten. In den letzten zehn Jahren war die USA der größte Waffenlieferant.

Wichtige Waffenimporte: Zuletzt erhielt das Land zwei U-Boote des Typs 218 aus Deutschland (zwei weitere sind geordert), eine Fregatte aus Frankreich (vier weitere werden in Lizenz gebaut), 40 F-15E SG Strike Eagle aus den USA und 15 Drohnen aus Israel. Außerdem wurden vier F-35B Lightning-2 Mehrzweckkampfflugzeuge aus den USA geordert, welche zusammen mit einem geplanten Joint Multi Mission Ship eingesetzt werden sollen.

Brunei (GMI-Rang 9; regional Platz 2): Das im Norden der Insel Borneo gelegene Sultanat Brunei ist einer der am höchsten militarisierten Länder der Welt. Bruneis Streitkräfte sind mit 7.200 aktiven Soldat:innen im Vergleich zu seinem Nachbarn Malaysia (113.000 Soldat:innen) zahlenmäßig klein; angesichts der geringen Bevölkerungsgröße ist die Militarisierung im Bereich Personal mit 16,5 Streitkräften pro 1.000 Einwohner:innen allerdings außergewöhnlich hoch und nicht nur regional ein absoluter Spitzenwert. Obwohl die Militärausgaben absolut um zwei Mio. (auf 438 Mio. US-Dollar) stiegen,

weist das Land eine deutlich Demilitarisierungstendenz auf (Δ GMI -15,7). Grund hierfür ist ein deutlich gestiegenes BIP. Im Norden grenzt Brunei an das Südchinesische Meer. Hier überlappt sich seine 200 Meilen in die offene See reichende exklusive Wirtschaftszone mit von anderen Staaten ebenfalls beanspruchten Seegebieten – allen voran China. Wegen der dort verorteten Gas- und Ölvorkommen spitzte sich der Konflikt in den letzten Jahren zu. Aufgrund der Dominanz Chinas suchte Brunei Unterstützung bei den ASEAN-Ländern, den USA und Großbritannien. Es zählt damit zum erweiterten AUKUS-Block. Es ist anzunehmen, dass sich die Militarisierung des Landes auf einem hohen Niveau einpendelt. Hauptwaffenlieferant war in den letzten zehn Jahren Deutschland.

Wichtige Waffenimporte: Zuletzt stärkte das Land insbesondere seine maritimen Kräfte und importierte hierzu zwischen 2011 und 2014 vier Korvetten (OPV-80) aus Deutschland sowie 2021 fünf Drohnen zur Seeraumüberwachung aus den USA.

Südkorea (GMI-Rang 15, regional Platz 3): Angesichts des Dauerkonfliktes mit dem Nachbarn Nordkorea gehört Südkorea schon lange zu den hoch militarisierten Ländern. Gleichzeitig reagiert das Land auch zunehmend auf die Spannungen in der Region. Das Land gab 2021 mit 47,7 Mrd. US-Dollar 2,8 Prozent seines BIP für sein 555.000 Soldat:innen umfassendes Militär aus. Dabei verzeichnete es eine leichte Demilitarisierung (Δ GMI -2,4). Mit seiner langjährigen, militärisch-politischen Bindung an die USA gehört es zum engeren AUKUS-Kreis. In Zukunft ist wieder eine wachsende Militarisierungstendenz zu erwarten. So soll bis 2033 ein Flugzeugträger gebaut und in Dienst gestellt werden. Seit 2018 verfügt das Land bereits über zwei Hubschrauberträger. Die USA sind der größte Waffenlieferant.

Wichtige Waffenimporte: Aus den USA bezog Südkorea bis Ende 2020 40 F-35A für 7 Mrd. US-Dollar, bis 2025 sollen zudem sechs Flugzeuge und 12 Helikopter zur U-Boot-Abwehr (Poseidon und Seahawk) geliefert werden.

Thailand (GMI-Rang 63, regional Platz 8): Das Königreich Thailand verzeichnete in diesem Jahr einen deutlichen Demilitarisierungstrend (Δ GMI -6,4). Es gab 2021 6,6 Mrd. US-Dollar für sein Militär aus, was 1,3 Prozent des BIP entspricht. Dies bedeutet einen Rückgang um 600 Mio. US-Dollar im Vergleich zum Vorjahr, was den Grund der verzeichneten Demilitarisierung darstellt. Das Land gilt als wichtiger Verbündeter der USA in der Region, weshalb es trotz seiner Waffenimporte aus China zum erweiterten AUKUS-Kreis zu zählen ist. In den vergangenen Jahren modernisierte das Land vor allem seine Landstreitkräfte. Weitere Modernisierungsprogramme stehen derzeit nicht an. Es ist zu erwarten, dass Thailand in Zukunft auf einem hohen Militarisierungsniveau bleiben wird. Die größten Lieferanten sind die Ukraine und China.

Wichtige Waffenimporte: Thailand bezog in den vergangenen Jahren eine große Anzahl an Panzern und Schützenpanzern aus der Ukraine und China und gepanzerten Truppentransportern (314 Mamba aus Südafrika und 130 gebrauchte Piranha-3 aus den USA). Außerdem wird seit 2019 die israelische Panzerhaubitze ATMOS-2000 in Lizenz gefertigt.

Australien (GMI-Rang 67, regional Platz 9): Das Land weist gegenüber dem Vorjahr eine geringe Demilitarisierungstendenz (Δ GMI -0,3) auf. Für sein derzeit knapp 60.000 Soldat:innen umfassendes Militär gab Australien 2021 28,4 Mrd. US-Dollar aus, was zwei Prozent des BIP entspricht. Australien befindet sich derzeit in einem großangelegten Modernisierungs- und Vergrößerungsprogramm, welches alle Teilstreitkräfte umfasst. Angestrebt ist eine Vergrößerung der Streitkräfte um 30 Prozent auf 80.000 Soldat:innen. Diese Sollstärke soll bis spätestens 2040 erreicht werden. Zudem laufen diverse Modernisierungsprogramme. Viele der im Zuge dieser zu beschaffenden Systeme sollen fortan in Australien in Lizenz gefertigt werden. Das Land ist ein langfristiger Verbündeter der USA und des Vereinigten Königreiches und nimmt innerhalb des AUKUS-Blocks einen zentralen Platz ein. Aus den USA bezieht das Land auch den Großteil seiner Waffen. Ob der laufenden Modernisierung und

Vergrößerung ist zu erwarten, dass der Militarisierungsgrad Australiens weiter steigen wird.

Wichtige Waffenimporte: Im Rahmen des sog. Land-400-Programms wurde im Jahr 2018 die Beschaffung von 211 8x8 Boxer Aufklärungsfahrzeugen im Wert von 3,5 Mrd. US-Dollar beschlossen, die von Rheinmetall in Queensland produziert werden sollen. Im gleichen Jahr wurde im Zuge des SEA-5000-Programms die Beschaffung von neun Fregatten der Hunter-Klasse beschlossen, welche bis 2040 ausgeliefert werden sollen. Bereits 2009 wurden im Rahmen des Project Air-6000 72 F-35A Lightning 2 Mehrzweckkampfflugzeuge für 13,4 Mrd. US-Dollar aus den USA geordert. Im Mai 2022 gab die australische Regierung überdies die Beschaffung von zehn MQ-28A Ghost Bat bekannt, die bis 2025 in Dienst gestellt werden sollen. Diese autonomen Systeme können als Unterstützungssysteme (Loyal Wingman) für die bemannten F-35 genutzt werden.

Japan (GMI-Rang 119, regional Platz 14): Das Land, welches sich nach 1945 mit dem sog. Friedensartikel (Art. 9) einen verfassungsmäßigen Pazifismus auferlegte, debattiert seit einigen Jahren eine militärische Wiederaufrüstung. Dieser Trend begann mit der Einrichtung eines Verteidigungsministeriums im Jahr 2007 durch Premierminister Shinzo Abe. Die militärisch aktivere Rolle Japans zielt u. a. auf die Rückgabe der südlichen Kurilen Inseln von Russland, eine stärkere Unterstützung Taiwans und die Stationierung von US-Atomwaffen im Land ab. Im letzten Jahr verzeichnete das Land zum ersten Mal seit 2012 eine geringe Militarisierungstendenz, die sich in diesem Jahr fortsetzte (Δ GMI 1,3). Im Jahr 2021 gab das Land knapp 56 Mrd. US-Dollar (2020 rund 52 Mrd.) für sein 247.150 Soldat:innen starkes Militär aus, was 1,1 Prozent des BIP entspricht. Die 2022 in den Senatswahlen siegreiche Liberaldemokratische Partei (LDP) verspricht zudem, die Militärausgaben auf zwei Prozent zu erhöhen. Damit soll u. a. die Marine gestärkt werden. Hierzu begann Japan bereits mit der Umrüstung von zwei Hubschrauberträgern der Izuma Klasse zu

Flugzeugträger. Ein weiterer Militarisierungstrend ist daher zu erwarten. Als langjährigem Verbündeten der USA rechnen wir das Land zum engeren Kreis des AUKUS-Blocks. Aus den USA bezieht das Land auch den Großteil seiner Waffen.

Wichtige Waffenimporte: Ab 2012 orderte die japanische Regierung insgesamt 105 F-35A Lightning II für die Luftwaffe und 42 zusätzliche Modelle der Variante F-35B Lightning II für die Marine. Teile dieser werden in Japan in Lizenz produziert.

Hoch militarisierte, neutrale Staaten

Vietnam (GMI-Rang 31, regional Platz 4): Die Beziehungen des Landes zu seinen Nachbarn sind historisch bedingt kompliziert. So intervenierte es 1979 in Kambodscha und stürzte dort das von China unterstützte Regime der Roten Khmer. Dies führte zu einem kurzen Krieg zwischen Vietnam und China, mit dem bis heute Grenzstreitigkeiten bestehen. Nicht zuletzt wegen dieser Spannungen hat sich das Land, nachdem Washington 2016 das gegen Vietnam verhängt Embargo durch aufgehoben hatte, zuletzt etwas den Vereinigten Staaten angenähert. Wir sehen das Land daher derzeit als neutral an. Findet eine weitere Annäherung an die USA statt, kann das Land bald zum weiteren AUKUS-Kreis gezählt werden. Vietnam unterhält ein mit 482.000 Soldat:innen recht großes Militär. Wie viel das Land für dieses Militär ausgibt, ist derzeit unklar. Im Vergleich zum Vorjahr ist aber eine leichte Demilitarisierungstendenz zu beobachten (Δ GMI -4,7). Seine Waffen bezieht Vietnam derzeit überwiegend aus Russland. Eine weitere Militarisierung ist derzeit nicht zu erwarten.

Wichtige Waffenimporte: Die wichtigsten Beschaffungen der letzten Jahre zielten zumeist auf eine Stärkung der Marine und des Heeres. Zwischen 2011 und 2019 bezog Vietnam vier Fregatten und 64 T-90 S Panzer aus Russland, 2021 vier Landungsschiffe aus den Niederlanden.

China und China-nahe Staaten

Myanmar (GMI-Rang 38, regional Platz 6): 2021 gab das Land drei Mrd. US-Dollar (bzw. 3,3 Prozent des BIP) für das 356.000 Soldat:innen umfassende Militär aus und verzeichnet damit im Vergleich zu 2020 eine leichte Militarisierungstendenz (Δ GMI von 2,6). Der hohe Militarisierungsgrad liegt vor allem an der langanhaltenden Militärherrschaft und zahlreichen inneren Konflikten, etwa zwischen der muslimischen Minderheit der Rohingya und der Zentralregierung. So wurde ab 2011 zwar ein Demokratisierungsprozess eingeleitet und die Macht des Militärs beschnitten, dieser wurde aber mit dem Putsch Min Aung Hlaings im Jahr 2021 wieder umgekehrt. Außenpolitisch orientiert sich das Land an China, dem es die militärische Nutzung der Großen und Kleinen Kokosinseln erlaubt. Ob der zentralen Stellung des Militärs in der Gesellschaft ist auch in Zukunft von einer hohen Militarisierung des Landes auszugehen. China stellt den größten Waffenlieferant für das Land dar.

Wichtige Waffenimporte: Im Jahr 2015 orderte Myanmar bspw. 16 JF 17 Thunder/FC-1 Kampfflugzeuge und 2020 ein gebrauchtes U-Boot (Type-035G). Auch zwei Fregatten (Type-053H) und 12 bewaffnete CH-3 Drohnen sowie kleinere Waffensysteme gehörten zu den jüngsten Käufen aus China.

Kambodscha (GMI-Rang 46, regional Platz 7): Im Vergleich zum Vorjahr erlebte das Land eine leichte Demilitarisierung (Δ GMI -2,1). Das Land unterhält eine 124.300 Soldat:innen umfassende Wehrpflichtarmee, für die es 2021 628 Mio. US-Dollar ausgab, was 2,3 Prozent des BIP entspricht. Die Streitkräfte sind stark zentralisiert und gelten als „kopflastig“, weil sie mit mehr als 3.000 General:innen (Stand 2018) eine der höchsten Pro-Kopf-Zahlen an Führungskadern weltweit aufweisen. Außenpolitisch ist das Land schon seit der Herrschaft der Roten Khmer, die es außenpolitisch isolierte, eng an China gebunden. Auch wenn sich die Beziehungen Kambodschas zu den Nachbarländern Vietnam und Thailand in den letzten Jahren sichtlich entspannten und sich das Land auch regional, u. a. in den ASEAN engagiert, bleibt China zentraler Partner. So finanzierte es

unter anderem den Ausbau der Ream Marinebasis und die gemeinsamen Truppenübungen nahmen in den letzten Jahren zu. Die Volksrepublik ist zudem der größte Rüstungslieferant. Ob dieser engen militärischen Kooperation und der außenpolitischen Bindung an China ordnen wir das Land dem weiteren Kreis des chinesischen Blocks zu.

Wichtige Waffenimporte: Zuletzt erhielt Kambodscha etwa zwischen 2018 und 2019 20 gepanzerte Fahrzeuge des Typs Tiger als Schenkung aus China. Zuvor bezog Kambodscha im Jahr 2007 vier Patrouillenboote des Typs 062-1G Lushun und 2011 12 Hubschrauber des Typs AS365/AS565 Panther aus der Volksrepublik.

China (GMI-Rang 98, regional Platz 11): Auch in diesem Jahr ist die Militarisierung mit einem Δ GMI von 1,5 gering. Trotz dieser, relativ betrachtet, geringen Militarisierung Chinas sind die absoluten Ausgaben und Personalzahlen hoch: So stiegen Chinas Militärausgaben über die letzten fünf Jahre um 23 Prozent (von 220 auf 270 Mrd. US-Dollar), werden aber rechnerisch durch sein wirtschaftliches Wachstum relativiert (der Anteil am BIP lag zuletzt bei 1,7 Prozent). Auch das 2.035.000 Soldat:innen umfassende Militär ist weltweit mit Abstand das größte. Auch hier relativiert sich der Umfang jedoch aufgrund der hohen Zahl an Einwohner:innen. Hinsichtlich seiner zunehmend selbstbewusst durchgesetzten nationalen Interessen gilt China in der Region als dominant. Zu nennen sind u. a. die nationale Vereinigung mit Taiwan, die Sicherung maritimer Ansprüche im Südchinesischen Meer und der Schutz wachsender Auslandsinteressen, die bspw. durch das Projekt Neue Seidenstraße. Chinas dominante Stellung in der Region brachte es nicht nur in Konflikt mit diversen regionalen Mächten, sondern auch mit den USA. Der Fokus der chinesischen Aufrüstung liegt derzeit im Ausbau der Marine. Im Juni ließ China den ersten vollständig im Land entwickelten und gebauten Flugzeugträger Fujian zu Wasser. Damit besitzt das Land nun über drei Flugzeugträger. Zudem arbeitet China auch an der Stärkung seiner Luftwaffe, so soll etwa Chinas ersten strategischen Tarnkappenbomber H-20 noch in diesem Jahr seinen Jungfernflug absolvieren.

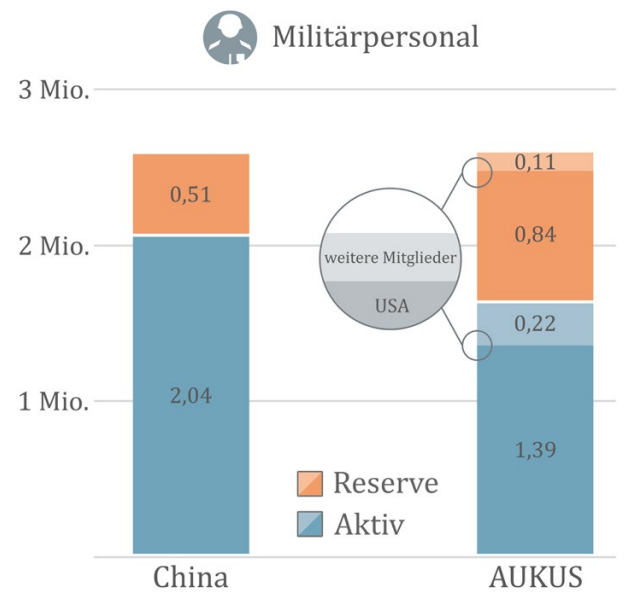
Wichtige Waffenimporte: Obwohl das Land der viertgrößte Waffenexporteur der Welt ist, bezog China in Vergangenheit insbesondere Russland und Frankreich und Russland diverse Waffensysteme.

AUKUS – China im Vergleich

Nachdem wir zuvor die politisch-militärischen Einflussgebiete von AUKUS und China betrachtet haben, werden wir nun die Militarisierung von AUKUS und China anhand von verschiedenen Parametern vergleichen. So stellen die folgenden Abbildungen das **Militärpersonal**, die **Militärausgaben** und die **Anzahl an schweren Waffen** Chinas und des AUKUS-Bündnisses gegenüber.

Wie Abbildung 7 zu entnehmen ist, liegt China im Vergleich zur AUKUS-Allianz in Bezug auf das aktive **Militärpersonal** vorn. Bezieht man die Reservekräfte mit ein, dann nivelliert sich dies jedoch.

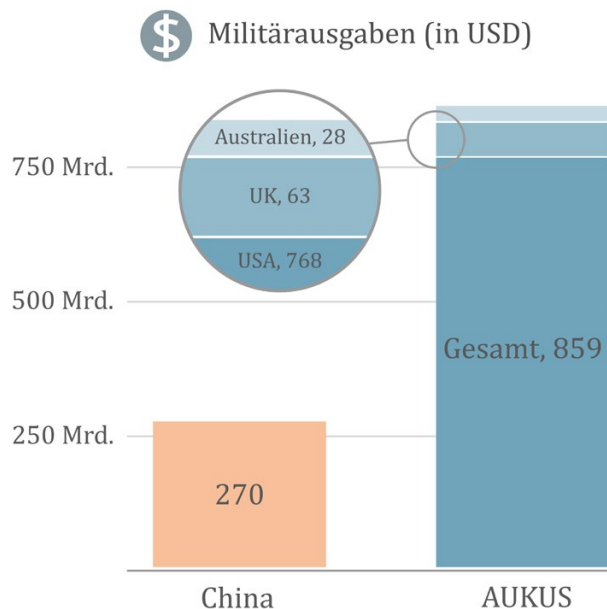
Abb. 7: *Militärpersonal von AUKUS und China*



In Bezug auf die **Ausgaben** sehen wir, dass die AUKUS-Staaten ihrem Militär derzeit deutlich mehr finanzielle Mittel bereitstellen, als dies China tut. Ein Großteil der Aufwendungen entfallen auf die USA. Da deren Streitkräfte jedoch global verteilt und sich die Ausgaben wie auch schwere Waffen und Personal nicht ausschließlich auf die betrachteten Regionen beziehen lassen, muss diese generelle Gegenüberstellung relativiert werden. In der Region sind derzeit etwa nur 100.000 amerikanische Soldat:innen stationiert. Diese gehören dem sogenannten Indo-Pacific-Command an und verteilen sich auch diverse Länder, u. a. Japan, Korea, Australien und die Philippinen. Im Falle eines offen ausgetragenen Konflikts mit China wären die USA jedoch in der Lage weitere Truppen und Gerät zu verlegen. China hingegen steht vor dem Problem, dass einige Truppen an der mongolischen Grenze stationiert sind und in einem vermutlich auf See ausgetragenen Konflikt nicht zum Einsatz kommen würden.

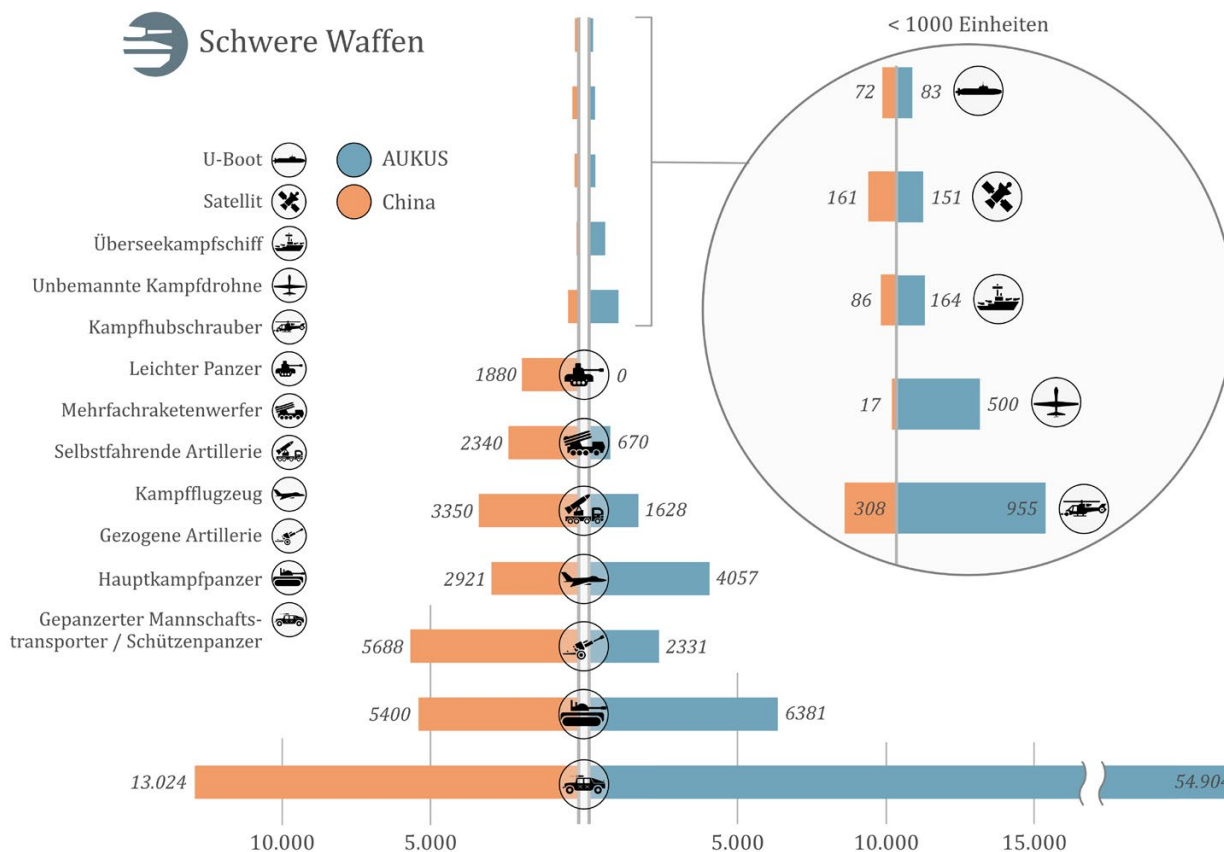
Auch in Bezug auf die vom GMI erfassten **schweren Waffen** liegt AUKUS deutlich vor China. Dies liegt vor allem an der recht hohen Anzahl von gepanzerten Truppentransportern. Während bei den Kampfpanzern annähernd Parität besteht, besitzt China im Bereich der Landstreitkräfte einen deutlichen Vorteil bei den Artilleriesystemen. In Bezug auf die für einen möglichen Konflikt relevanten Luft- und Marinekräfte liegen

Abb. 8:
Militärausgaben von AUKUS und China



die AUKUS-Staaten jedoch in den meisten Bereichen vorn: So besitzen die drei Staaten etwa 1.130 Kampfflugzeuge, knapp 650 Kampfhubschrauber, 11 Unterseeboote, 78 Überwasserkampfschiffe und deutlich mehr Kampfdrohnen als China. Lediglich im Bereich der militärisch genutzten Satelliten haben sie leicht das Nachsehen.

Abb. 9
Schwere Waffen von AUKUS und China



Alles in allem erlaubt die Gegenüberstellung AUKUS-China nur sehr bedingt Rückschlüsse darauf, wer in einer Blockkonfrontation die stärkere Partei wäre. Sie zeigt aber, welche großen Ressourcen die beiden Blöcke für das Militär aufwenden und welche Mengen an konventionellen Waffen sie bereits angehäuft haben. Ihr Wettrüsten wirkt sich militärisch-politisch auf die gesamte Region aus. Mit Australien, Japan und Singapur sind einige wirtschaftlich potente Staaten der Region hier mit eingestiegen. Zudem wird die von beiden Seiten betriebene zunehmende Automatisierung durch intelligente Systeme bei der Kontrolle der großen Seegebiete entscheidend sein und die Rüstungsdynamik befeuern.

Nordkorea und Taiwan

Im oben dargelegten Konflikt zwischen den AUKUS-Staaten und China spielt ein normalerweise im GMI nicht abgebildeter Staat - Taiwan - eine wichtige Rolle. Mit Nordkorea liegt zudem ein vermeintlich sehr hoch militarisiertes Land in der Region, welches ebenfalls normalerweise nicht durch den GMI abgedeckt wird. Beide Länder tragen definitiv zur bereits hohen Militarisierung und den militärischen Spannungen in der Region bei. In diesem GMI haben wir daher eine Schätzung des Militarisierungsgrades für beide Länder vorgenommen (siehe Infobox 1). Diese ergab, dass Nordkorea das am höchsten militarisiertere Land weltweit darstellen würde. Taiwan würde demnach auf Platz 21 des globalen Rankings rangieren.

Infobox 1:**Militarisierungsschätzung Nordkorea und Taiwan**

Für die diesjährige Ausgabe des GMI haben wir eine Berechnung für Nordkorea und Taiwan durchgeführt, welche aufgrund von fehlenden Daten bzw. internationaler Anerkennung noch nie im GMI vertreten waren. Die von uns hierfür genutzten Daten basieren teilweise auf Schätzungen, deren Qualität fraglich ist. Dies gilt insbesondere für Nordkorea, da das Land in Bezug auf ökonomische und militärische Makrodaten sehr intransparent und aufgrund seiner sozialistischen Produktionsweise schlecht mit anderen Ländern vergleichbar ist. Wir haben die Berechnung daher auch nicht in den Datensatz bzw. das Ranking am Ende der Publikation aufgenommen, sondern möchten damit lediglich eine hypothetische Einordnung im Ranking des GMI geben. Hinweise zu den genutzten Datenquellen und die Berechnungsgrundlagen finden Sie in unserem \ > Onlineappendix \ > Seite 13. Zusätzliche Informationen, wie etwa zu den Streitkräften, deren Ausstattung, nationalen Rüstungsindustrien und Rüstungsexporten finden Sie in den **Hintergrundinfos** zu Nordkorea bzw. Taiwan.

Land	Ausgaben-Index	Personal-Index	Schwere Waffen-Index	GMI-Score	#
Nordkorea	4,8	3,5	3,0	569	1
Taiwan	1,2	1,3	2,1	230	21

Wie die Tabelle zeigt, würde die \ > **Nordkorea** auf Platz 1 des GMI-Rankings rangieren und wäre damit das am höchsten militarisiertere Land der Welt. Auch bei den Teilindizes Ausgaben und Personal rangiert Nordkorea auf dem ersten Platz. In Bezug auf den Schwere Waffen-Index liegt es nur geringfügig hinter Israel auf Platz zwei. Das Land ist daher in allen Bereichen sehr hoch militarisiert.



\ > **Taiwan** würde auf Platz 21 des GMI-Rankings rangieren. Damit würde sie zu den sehr hoch militarisierten Ländern gehören.¹⁰ In Bezug auf die Teilindexe wäre das Land im Bereich Ausgaben durchschnittlich hoch militarisiert (Rang 68) und in den Bereichen Personal (Rang 11) bzw. schwere Waffen (Rang 18) sehr hoch militarisiert.

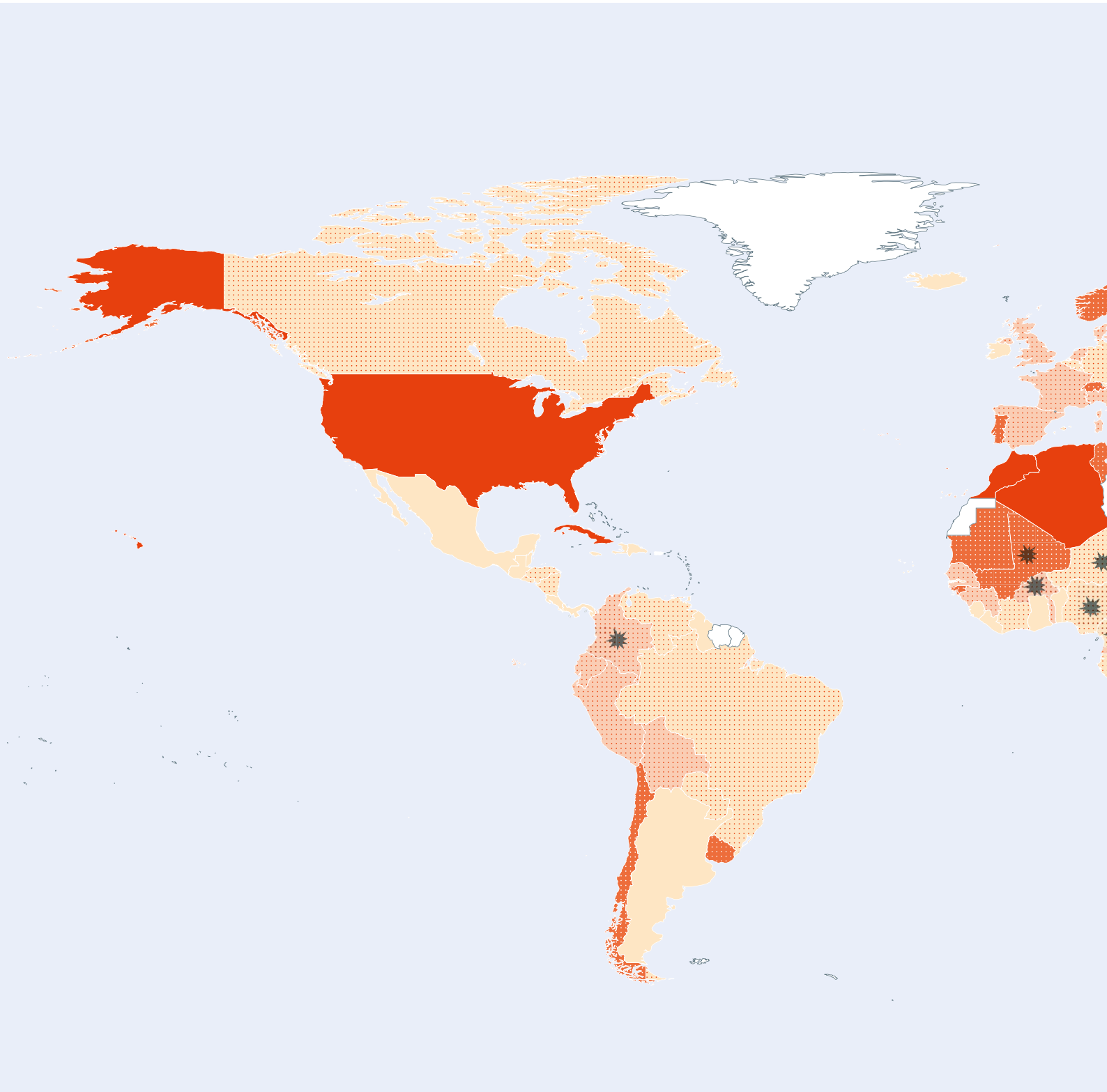


10 \ Sehr hoch (Oberstes Quintil), hoch (zweites Quintil), mittel (drittes Quintil), niedrig (viertes Quintil), sehr niedrig (letztes Quintil).

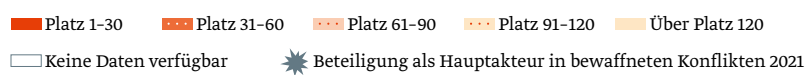
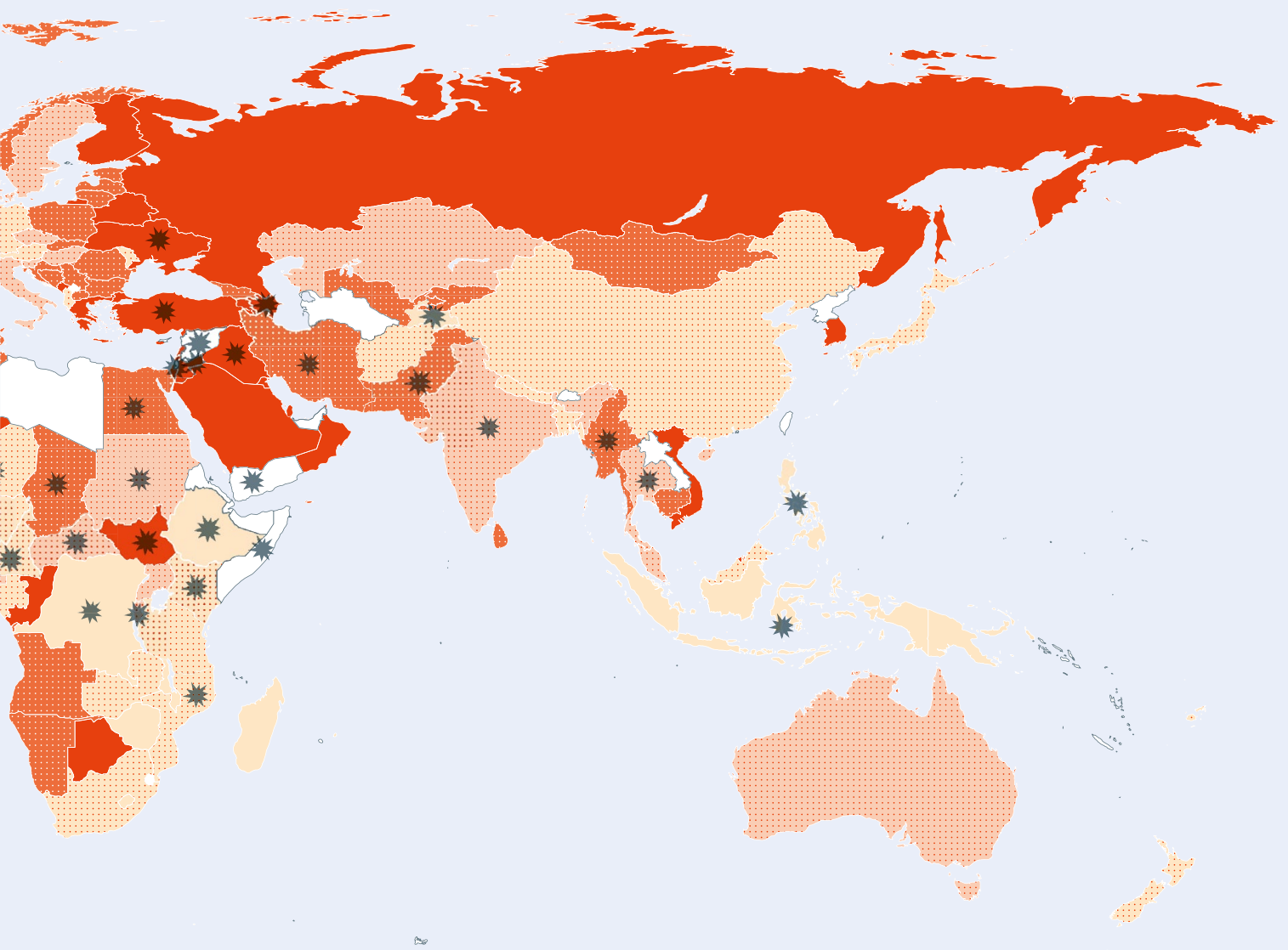
Darstellung und Gebrauch von Staats- oder Gebietsgrenzen und geografischen Namen auf dieser Karte sind nicht zwingend als offizielle Billigung oder Anerkennung seitens des BICC zu verstehen.

Karte 1

Übersicht GMI-Ranking weltweit



Quelle Konfliktdaten: *UCDP/PRIO Armed Conflict Dataset* Quelle administrative Grenzen: *Natural Earth Dataset*



MILITARISIERUNGSINDEX RANKING 2022

Platz	Land	Platz	Land	Platz	Land	Platz	Land
1	Israel	45	Serbien	89	Ecuador	133	Gambia
2	Kuwait	46	Kambodscha	90	Bosnien u. Herzegowina	134	Simbabwe
3	Armenien	47	Georgien	91	Malaysia	135	Argentinien
4	Singapur	48	Usbekistan	92	Niederlande	136	Dominikanische Rep.
5	Oman	49	Norwegen	93	Moldawien	137	Mexiko
6	Bahrain	50	Tunesien	94	Belgien	138	Liberia
7	Griechenland	51	Sri Lanka	95	Kanada	139	Sierra Leone
8	Russland	52	Polen	96	Venezuela	140	Kongo, Demokratische Rep.
9	Brunei	53	Kirgisistan	97	El Salvador	141	Lesotho
10	Saudi-Arabien	54	Gabun	98	China	142	Madagaskar
11	Jordanien	55	Guinea-Bissau	99	Österreich	143	Timor-Leste
12	Aserbaidzhan	56	Mali	100	Niger	144	Irland
13	Katar	57	Chile	101	Nicaragua	145	Ghana
14	Zypern	58	Angola	102	Fidschi	146	Guatemala
15	Korea, Republik	59	Portugal	103	Deutschland	147	Trinidad und Tobago
16	Libanon	60	Schweiz	104	Sambia	148	Papua-Neuguinea
17	Algerien	61	Bulgarien	105	Luxemburg	149	Kap Verde
18	Marokko	62	Slowakei	106	Mosambik	150	Mauritius
19	Belarus	63	Thailand	107	Guinea	151	Panama
20	Ukraine	64	Frankreich	108	Nepal	152	Malta
21	Botswana	65	Lettland	109	Albanien	153	Haiti
22	Montenegro	66	Kolumbien	110	Afghanistan	154	Costa Rica
23	Südsudan	67	Australien	111	Honduras		
24	USA	68	Schweden	112	Neuseeland		
25	Finnland	69	Uganda	113	Kamerun		
26	Irak	70	Burundi	114	South Africa		
27	Türkei	71	Sudan	115	Bangladesch		
28	Litauen	72	Dänemark	116	Brasilien		
29	Republik Kongo	73	Slowenien	117	Tansania		
30	Kuba	74	Italien	118	Paraguay		
31	Vietnam	75	Ungarn	119	Japan		
32	Kroatien	76	Vereinigtes Königreich	120	Cote D'Ivoire		
33	Estland	77	Ruanda	121	Jamaika		
34	Pakistan	78	Bolivien	122	Guyana		
35	Mongolei	79	Indien	123	Kenia		
36	Ägypten	80	Kasachstan	124	Nigeria		
37	Iran	81	Tschechische Republik	125	Äthiopien		
38	Myanmar	82	Äquatorialguinea	126	Tadschikistan		
39	Mazedonien	83	Togo	127	Belize		
40	Rumänien	84	Zentralafrikanische Rep.	128	Benin		
41	Mauritanien	85	Burkina Faso	129	Malawi		
42	Uruguay	86	Peru	130	Indonesien		
43	Namibia	87	Senegal	131	Philippinen		
44	Tschad	88	Spanien	132	Seychellen		

**bicc **

Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC) gGmbH

Pfarrer-Byns-Straße 1, 53121 Bonn, Germany

+49 (0)228 911 96-0, Fax -22, bicc@bicc.de

www.bicc.de

www.facebook.com/bicc.de

twitter.com/BICC_Bonn



DIREKTOR

Professor Dr. Conrad Schetter

AUTOREN

Dr. Markus Bayer

Wissenschaftlicher Mitarbeiter des BICC

Paul Rohleder

BICC

REDAKTION

Susanne Heinke

SONSTIGE MITARBEIT

Rolf Alberth, Ben Buchenau

LAYOUT

kipconcept gmbh, Bonn

EDITORIAL DESIGN

Diesseits - Kommunikationsdesign, Düsseldorf

REDAKTIONSSCHLUSS

31. Oktober 2022

ISSN (Print) 2522-2015

ISSN (Online) 2521-7844



This work is licensed under a Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivs 3.0 Unported License;
[cf.creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/)



bicc Bonn
International Centre
for Conflict Studies